

**Beschluss**  
**der 3. Tagung des 3. Landesparteitages am 1. März 2013 in Friedrichroda**  
**(einstimmig beschlossen)**

**Wahlstrategie zur Bundestagswahl 2013 im Landesverband DIE LINKE.  
Thüringen**

**Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und demokratischer das Land**

Nach der Bundestagswahl 2009 setzte die Bundesregierung aus CDU und FDP den bereits von der ersten Merkel-Regierung unter Beteiligung der SPD gesteuerten Kurs des neoliberalen Umbaus von Staat und Gesellschaft fort. Die Auswirkungen der Weltfinanzkrise, die Verwerfungen in Europa und eine tiefe Spaltung in der Gesellschaft bewirkten bisher keine höhere Politisierung der Bevölkerung, sondern eher Stagnation und Resignation. Eine vorübergehend hohe öffentliche Aufmerksamkeit für Themen wie den Anstieg prekärer Beschäftigung und von Kinderarmut führten zwar zeitweise zu einer Drosselung des Tempos des Sozialabbaus, das für die Abfederung der Armutfolgen bereitgestellte Geld kommt aber bei den Betroffenen bis heute nur zum kleineren Teil an. Tiefgehendere Maßnahmen gegen die Ursachen der Krise: die gigantischen Spekulationsblasen und den immer frecheren Rückzug der Reichen und Superreichen aus der Mitfinanzierung des Staates, wurden von der Regierung nicht in Angriff genommen. Dies war von dieser schwarz-gelben Regierung auch nicht zu erwarten. Stattdessen ist die deutsche Bundesregierung Motor bei der Unterwerfung anderer Länder unter rigide Sparprogramme, deren Auswirkungen längst die soziale Stabilität und die Demokratie bedrohen.

Nach ihrem Weg in die Opposition und dem Abgang der Spitzenpolitiker der Agenda-Politik von der politischen Bühne gelang es der SPD vergleichsweise schnell, ihre Rolle als Akteur des verschärften neoliberalen Umbaus der Gesellschaft (Einführung von Hartz IV und vieler Verschlechterungen in den Rechten der abhängig Beschäftigten) zu verwischen. Sie übernahm Forderungen der LINKEN und der außerparlamentarischen Bewegung nach mehr Kontrolle der Banken, obwohl die entsprechenden Gesetze gerade zu ihrer Regierungszeit gelockert wurden. Sie setzte sich plötzlich für eine Verbesserung der Hartz-Gesetze ein, kritisierte die Gefahr der Altersarmut und fordert einen Mindestlohn. Nur in der inzwischen immer mehr militarisierten Außenpolitik versucht die SPD nicht, den tatsächlich bestehenden Konsens mit den Regierungsparteien zu verschleiern.

Unter diesen Bedingungen und in der Folge innerparteilicher Flügelkämpfe gelang es der LINKEN in den Jahren 2010 und 2011 zunehmend schlechter, mit ihren Konzepten in die öffentliche Debatte einzugreifen. Erst im Gefolge der Wahl einer neuen Parteiführung auf dem Göttinger Parteitag 2012 wurde eine Konsolidierung eingeleitet.

Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den alten Bundesländern und die aktuellen Umfragewerte machen allerdings deutlich, dass es für die LINIE in der kommenden Wahlkampagne in besonderer Weise darauf ankommt, ihren eigenständigen politischen Standort und Gebrauchswert für die Wähler nachzuweisen.

Dies wird, wie auch die Erfahrungen des PDS-Wahlkampfes von 2002 zeigen, zuerst mit Inhalten und Personen und nicht durch eine taktisch motivierte „wer wählt wen“ – Debatte gelingen. Stattdessen muss die LINKE für sich und ihre Positionen kämpfen und mit klaren Botschaften auf die Menschen zugehen. Wir werben für uns, für unsere Konzepte und unsere Vorstellungen von einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft. Positionen ohne Wenn und Aber sind unser linkes Markenzeichen.

Ein wichtiger Meilenstein, auf den die Thüringer LINKE hierbei aufbauen kann, ist das gute Ergebnis bei den Kommunalwahlen 2012.

Die politische Landschaft ist roter geworden. Eine soziale, demokratische und nachhaltige Politik für die Menschen ist möglicher geworden.

Die Ergebnisse der Landtagswahl in Niedersachsen haben deutlich gemacht, dass es besonders wichtig ist, unser Stammwählerpotential vollständig auszuschöpfen. Im Fokus muss aber auch die Gewinnung (Rückgewinnung) von Nichtwählern stehen. Das Aufzeigen von vor allem sozial geprägten Alternativen zur vorherrschenden Politik muss unser Markenzeichen bleiben. Vor allem gilt es auch, den Wählerinnen und Wählern die Diskrepanz zwischen oppositionellen Positionen und dem tatsächlichen Regierungshandeln konkurrierender Parteien immer wieder vor Augen zu führen.

In Thüringen gehen wir mit dem Anspruch in den Bundestagswahlkampf, erneut zweitstärkste Partei zu werden. Gleichzeitig wollen wir das drittbeste Landesergebnis für DIE LINKE bundesweit vorweisen. 357.428 Wähler\_innen (29,1 %) haben 2009 dazu beigetragen, dass zwei Direktmandate (Wahlkreis 194 - Ralph Lenkert und Wahlkreis 197 - Jens Petermann) für DIE LINKE gewonnen wurden. Fast ebenso viele Stimmen (354.875, das waren 28,8 %), trugen zu einem guten Zweitstimmenergebnis bei. Diese Wähler\_innen wieder zu erreichen, stellt eine hohe Herausforderung dar. Wir wollen möglichst viele Bürger\_innen im Wahlkampf von unserer Politik und der Notwendigkeit einer starken LINKEN überzeugen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, auch neue Wähler\_innen zu erreichen – gerade auch Erstwähler\_innen und junge Menschen.

Der erneute Einzug in den Deutschen Bundestag mit einer starken und kompetenten Linksfraktion ist Ziel unseres Wahlkampfes. Dazu wollen wir einen entschlossenen Erst- und Zweitstimmenwahlkampf führen.

Potenzielle Wähler\_innen nennen in aktuellen Umfragen am häufigsten die Euro-Krise als wichtigstes Problem, gefolgt von finanziellen Belastungen für die Bürger\_innen, falsche Sozialpolitik (Rente, Gesundheit, Pflege etc.), die Ungerechtigkeit zwischen arm und reich sowie Problemen im Arbeitsleben (zu geringe Löhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, schlechte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen etc.).

Soziale Gerechtigkeit und Frieden, das sind die Themen, die mit uns verbunden werden. Hier trauen uns die Wähler\_innen die entscheidenden Kompetenzen zu. In Bezug auf die Euro-Krise wird mit der LINKEN vor allem eine sozial gerechte Verteilung der Kosten verbunden: UmFAIRteilen, statt Bankenrettung auf dem Rücken der Arbeitnehmer\_innen, Rentner\_innen und sozial schlechter gestellten Menschen. Mindestlohn und gute Arbeit, das sind ebenfalls Kernthemen der LINKEN.

Die Wahlstrategie der Thüringer LINKEN für den kommenden Bundestagswahlkampf leitet sich aus der vom Parteivorstand im Oktober 2012 beschlossenen Bundeswahlstrategie ab. DIE LINKE wird als Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens, der Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft in den Wahlkampf gehen. Mit dem Wahlprogramm - dem besten Wahlprogramm aller Parteien! - soll nach einer breiten, offenen Diskussion den Wähler\_innen ein klares politisches Angebot unterbreitet werden. Die Basis dafür bildet unser in Erfurt 2011 beschlossenes Parteiprogramm, an dessen Diskussion auch viele Mitglieder des Thüringer Landesverbandes aktiv beteiligt waren. Im Wahlprogramm sollen konkrete politische Lösungsvorschläge genannt werden, die klar und deutlich machen, dass positive Entwicklungen in Deutschland möglich und machbar sind. Beschlossen wird das Bundestagswahlprogramm auf dem Bundesparteitag vom 14. bis 16. Juni 2013 in Dresden. Bis dahin rufen wir alle Mitglieder sowie Interessierte auf, an diesem Programm mit eigenen Ideen und Vorschlägen mitzuwirken.

In allen 9 Wahlkreisen treten wir mit Direktkandidat\_innen zur Bundestagswahl an, die für unsere Politik in der Öffentlichkeit eintreten. Sie sollen durch ihre politische Arbeit und ihr öffentliches Wirken im Sinne der politischen Ziele der LINKEN in der Gesellschaft verwurzelt sein. Die 2009 errungenen Direktwahlkreise wollen wir 2013 erfolgreich verteidigen.

Die Direktkandidaten in den Wahlkreisen 194 und 197 erfahren gleichermaßen besondere Unterstützung als strategische Wahlkreise. Dass der Wahlkreis 194 bereits besondere Unterstützung durch das Bundeswahlbüro erfährt, ist in der Schwerpunktsetzung bei der Unterstützung durch das Landeswahlbüro zu beachten.

Alle weiteren Direktkandidatinnen werden durch Landeswahlbüro und Kreisverbände ebenfalls personell, materiell und finanziell unterstützt.

Auf unserer Landesliste für die Bundestagswahl setzen wir auf einen Mix von Bewerber\_innen mit parlamentarischer und außerparlamentarischer Erfahrung und unterschiedlicher Kompetenzen sowie auf die Durchsetzung unseres Anspruchs auf die Mindestquotierung.

Im Wahlkampf um möglichst viele Bundestagsmandate sowie um möglichst viele Erst- und Zweitstimmen wollen wir als lebendige, zukunftsorientierte und plurale Partei auftreten, die im solidarischen Miteinander der Generationen die gesellschaftlichen Probleme in Deutschland und Europa angeht.

DIE LINKE setzt auf einen Mitmachwahlkampf. Dabei tragen die Mitglieder der Partei unseren Wahlkampf. Sie sind in den Regionen, in ihren Kommunen, in Vereinen und Verbänden, in sozialen Bewegungen und Netzwerken, in der Nachbarschaft und vielen anderen Strukturen verankert. Unsere Argumente, unsere Ziele und politischen Angebote können sie am besten verbreiten. Für DIE LINKE ist vor allem die direkte Kommunikation, das persönliche Gespräch mit den Menschen wichtig. Keine Presseinformation, keine Website, kein Newsletter oder Livestream kann das ersetzen. Dennoch werden wir auch diese Medien und Kommunikationsmöglichkeiten intensiv nutzen, um für unsere Inhalte und unsere Politik zu werben. Dazu muss an der Weiterentwicklung und Umsetzung der Kommunikationsstrategie unserer Partei in Thüringen auf allen Ebenen gearbeitet werden. In Kooperation mit der Linken Medienakademie (LIMA) werden auch 2013 wieder Angebote zur Schulung für die Erstellung eigener Medien angeboten.

DIE LINKE muss erkenn- und wiedererkennbar sein. Ein einheitliches Erscheinungsbild ist dazu genauso notwendig, wie originelle Ideen, Aktionen und Werbemittel.

Gerade in Wahlkämpfen gelingt es, Mitglieder und Sympathisant\_innen in unsere praktische Arbeit einzubinden. Unser Wahlkampf muss daher Mitmach-Elemente beinhalten, die über das Aufhängen von Plakaten und Verteilen von Flugblättern hinausgehen. Der gemeinsame Wahlkampf muss Spaß machen und sichtbare Ergebnisse haben. Die Gewinnung neuer Mitglieder und Spender\_innen ist im aktiven Wahlkampf oftmals einfacher als im politischen Alltag. Beitrittsformulare an Infotischen und bei Veranstaltungen gehören zur Grundausstattung. Die freundliche Werbung um Spenden sollte nicht vergessen werden.

Unser Wahlkampf gliedert sich in drei Phasen:

1. Phase – bis zur Sommerpause 2013 – politische Offensive und Aktivierungsphase – damit immer mehr Menschen sagen: Es ist gut, dass es DIE LINKE gibt. Sie soll im Bundestag vertreten sein!
2. Phase – 6 Wochen vor dem Wahltermin – heiße Wahlkampfphase – wir wollen mit möglichst vielen Thüringer\_innen ins persönliche Gespräch kommen, Veranstaltungen, Aktionen und

Aktivitäten in den Bundestagswahlkreisen finden statt, Werbematerialien machen auf die Bundestagswahl und die politischen Inhalte der LINKEN aufmerksam

3. Phase – 48-Stunden-Wahlkampf – zur Mobilisierung der Wähler\_innen werden spezielle Aktionen durchgeführt

Soziale Ausgrenzung fördert Wahlmüdigkeit. Dieser Entwicklung treten wir entgegen, indem wir zeigen, dass wir die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen. Wir sind Zuhör- und Kümmererpartei, geben Menschen in der öffentlichen Debatte eine Stimme und bieten Möglichkeiten, sich politisch einzubringen.

LINKE wirkt – das gilt auf allen politischen Ebenen. Die Bundestagsfraktion, die Landtagsfraktion und unsere Fraktionen auf kommunaler Ebene rechnen in öffentlichen Veranstaltungen, in Veröffentlichungen usw. die Umsetzung ihrer Wahlprogramme ab. Eigene Publikationen leisten hierbei einen wichtigen Beitrag.

Unsere Kandidat\_innen, Wahlkämpfer\_innen und Mitglieder sind sich bewusst: Jede Stimme für DIE LINKE zählt, denn:

1. DIE LINKE steht für eine neue soziale Idee
2. DIE LINKE steht für Gerechtigkeit und Solidarität
3. DIE LINKE steht für die couragierte Begrenzung und Umverteilung von Reichtum
4. DIE LINKE steht für eine Bändigung der Spekulationsgeschäfte und für Konzernferne
5. DIE LINKE steht für Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung
6. DIE LINKE steht für nachhaltiges Wirtschaften
6. DIE LINKE steht für Frieden und sagt als einzige Partei im Bundestag konsequent NEIN zu Krieg.

#### Anlagen zur Wahlstrategie

1. Übersicht über die Direktwahlkreisbewerber\_innen
2. Zeitleiste zur Vorbereitung der Bundestagswahl
3. Bundeswahlstrategie
4. Kriterien an Kandidat\_innen

**Anlage 1 zur Bundeswahlstrategie**

**Übersicht über die DirektwahlkreisbewerberInnen DIE LINKE. Thüringen für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag**

WK 189 – EICH/NDH/UH I	Sigrid Hupach
WK 190 – ESA/WAK/UH II	Anja Müller
WK 191 – KYFF/SÖM WL I	Kersten Steinke
WK 192 – GTH/IK	Martina Renner
WK 193 – EF/WE/WL II	Karola Stange
WK 194 – G/J/SHK	Ralph Lenkert
WK 195 – GRZ/ABG	Frank Tempel
WK 196 – SON/SLF-RU/SOK	Knut Korschewsky
WK 197 – SHL/SM/HBN	Jens Petermann

## Anlage 2 Zeitleiste zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2013

Zeitpunkt „v. W.“ (= „vor Wahltag“)	Maßnahme/Vorgang	Fundstelle BWG Bundeswahlgesetz
22.09.1994	Spätest-mögliches Geburtsdatum für Wahlberechtigung und Wählbarkeit	§ 12 (1)
seit 28.03.2012	geheime Wahl von VertreterInnen für die Vertreterversammlungen zur Aufstellung von WahlkreisbewerberInnen („Direktkandidaten“)	§ 21 (3)
seit 28.06.2012	Geheime Wahl von WahlkreisbewerberInnen	§ 21 (3)
ab Bekanntgabe Wahltermin	öffentliche <b>Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen</b> . Nach der Bekanntmachung können Wahlvorschläge eingereicht werden.	
bis 22.06.2013	letzter Zeitpunkt für Zuzug bzw. Beginn des gewöhnlichen Aufenthalts im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes zur Erlangung des aktiven Wahlrechts	§ 12 (1) (5)
bis 15.07.2013 (69. Tag v.W.)	Einreichung Wahlvorschläge Kreis (Kreiswahlleiter) / Land (Landeswahlleiter) Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln, die die Gültigkeit des Wahlvorschlags berühren	§ 19 § 25 (2) § 27 (5)
bis 26.07.2013 (58. Tag v.W.)	Letzter Tag für Rücknahme oder Änderung von Wahlvorschlägen Kreis (Kreiswahl-leiter) und Land (Landeswahlleiter) Beseitigung von Mängeln, die die Gültigkeit des Wahlvorschlags <b>nicht</b> berühren Entscheidung über die Zulassung/Nichtzulassung von Wahlvorschlägen Kreis / Land	§§ 23, 24, 27 (5) § 25 (1-3), § 27 (5) § 26 (1), § 28 (1)
bis 29.07.2013 (55. Tag v.W.)	Letzter Tag für die Beschwerde gegen die Nichtzulassung von Wahlvorschlägen Kreis (Kreiswahlleiter) und Land (Landeswahlleiter)	§§ 26 (2), 37 (1) §§ 28 (2), 42 (1)
bis 01.08.2013 (52. Tag v.W.)	Entscheidung über Beschwerde gegen die Nichtzulassung von Wahlvorschlägen Kreis (Kreiswahlleiter) und Land (Landeswahlleiter)	§ 26 (2) § 28 (2)
bis 05.08.2013 (48. Tag v.W.)	Bekanntmachung über die zugelassenen Wahlvorschläge	§§ 26 (3), 38 §§ 28 (3), 43
bis 18.08.2013 (35. Tag v.W.)	von Amts wegen Eintragung aller Wahlberechtigten in das örtliche Wählerverzeichnis, die an diesem Tag bei der Meldebehörde gemeldet sind	BWO § 16 (1)
29.08.2013 (24. Tag v.W.)	Bekanntmachung der Gemeinde über Möglichkeiten der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis sowie der Erteilung von Wahlscheinen	BWO § 20 (1)
bis 01.09.2013 (21. Tag v.W.)	- letzter Tag für die Benachrichtigung der Wahlberechtigten über ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis - Anmeldung umgezogener Personen bei Meldebehörde des neuen Wohnsitzes; <b>nur dann</b> (und auf Antrag) Erteilung eines Wahlscheines in der neuen Gemeinde - Antrag auf Eintrag in Wählerverzeichnis bei der zuständigen Gemeindebehörde	BWO § 19 (1) BWO § 16 (3) § 17 (2) BWO § 18 (1)
02. bis 06.09.2013 (20.-16. Tage v.W.)	- Auslegung des Wählerverzeichnisses in der Gemeinde - Einspruchsfrist, über den die Gemeindebehörde unverzüglich zu entscheiden hat; Zustellung bis zum 12.09.2013 (10. Tag vor der Wahl) - binnen 2 Tagen nach Zustellung Beschwerdemöglichkeit gegen die Entscheidung, über den der Kreiswahlleiter bis 18.09.2013 (4. Tag v. W.) endgültig entscheidet	§ 17 (1) BWO § 22 (1) BWO § 22 (4) BWO § 22 (5)
20.09.2013, (2 Tage v.W.)	bis 18.00Uhr: letzter Termin für die Entgegennahme von Wahlscheinanträgen, <b>auch über Fax, mail oder Telegramm möglich!</b>	BWO § 27 (4) BWO § 27 (1)
22.09.2013 8.00 bis 18.00 Uhr	<b>WAHLTAG</b>	§ 47 (1)
22.09.2013, bis 15.00 Uhr	letzter Termin für die Entgegennahme von Wahlscheinanträgen in besonderen Fällen (z. B. Krankheit, nicht selbst verschuldete Gründe)	BWO § 27 (4) BWO § 25 (2)
22.09.2013, 18.00 Uhr	letzter Zeitpunkt für den rechtzeitigen Eingang der Wahlbriefe beim Kreiswahlleiter	§ 36 (1)

### Nach der Wahl:

etwa 27.09.2013	Öffentliche Sitzung Kreiswahlausschuß zur endgültigen Feststellung und Bekanntgabe des Wahlkreis-Ergebnisses	§ 41 (1) BWO § 76 (2, 3, 5)
etwa 04.10.2013	Öffentliche Sitzung Landeswahlausschuß zur endgültigen Feststellung und Bekanntgabe des Landes-Wahlergebnisses	§ 42 (1) BWO § 77 (2, 3)
etwa 11.10.2013	Öffentliche Sitzung Bundeswahlausschuß zur endgültigen Feststellung und Bekanntgabe des Bundes-Wahlergebnisses	BWO § 78 (2, 3)

# **Wahlstrategie der Partei DIE LINKE für das Wahljahr 2013**

**Beschluss des Parteivorstandes vom 13. Oktober 2012**

## **I. Zusammenfassung**

DIE LINKE ist in der öffentlichen Wahrnehmung und nach eigenem Selbstverständnis die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens, der Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft. So wird sie auch in die Wahlkämpfe 2013/14 gehen. Wir werden deutlich machen, dass wir für die sozialen Lebensinteressen der Menschen, für eine friedliche Außenpolitik und eine umfassende Demokratisierung stehen.

Wir kämpfen für unsere eigenen Positionen, das Wahlprogramm und die Kandidat\_innen unserer Partei. Wir wollen jede Stimme. Wir haben nichts zu verschenken. Das bestimmt unser Herangehen an den Wahlkampf, die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien und den Wettbewerb um Wähler\_innenstimmen.

DIE LINKE unterbreitet allen Wähler\_innen, nicht anderen Parteien, ein klares politisches Angebot. Rote Haltelinien und ein Reformprogramm sind für uns – das wird das Wahlprogramm zeigen – kein Gegensatz, sondern notwendige Bedingungen glaubwürdiger Politik.

Ziel des Wahlkampfes ist es, möglichst viele Wähler\_innen für die Wahl der LINKEN zu gewinnen. Wir wollen ein Zweitstimmenergebnis, das möglichst nah an unser sehr gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 heranreicht. Und wir wollen Direktmandate verteidigen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und friedlicher das Land. Je stärker DIE LINKE, desto eher wird eine Politik gegen die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit verhindert. Nur so wird es nach der Wahl die Option eines Politikwechsels geben.

Der Wahlkampf der LINKEN wird notwendigem Protest Raum geben, gesellschaftspolitisch aufklärend, nach vorn gerichtet konstruktiv, aufsuchend und offen fürs Mitmachen, provokant, kulturvoll und gelegentlich auch spektakulär sein.

## **II. Zentrale gesellschaftliche Konfliktfelder**

- Die entscheidende Frage, wer die Macht zur Gestaltung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse besitzt, ist heute zu Ungunsten der Politik entschieden. Nicht demokratisch gewählte Vertreter\_innen der Bevölkerung, sondern Repräsentanten und Eigentümer der großen Konzerne und Banken und deren Gewinninteressen bestimmen und prägen immer mehr die Geschehnisse des Landes.  
Gegen diese Entwicklung regt sich aber zunehmend Protest. Widerstand leisten viele Bürger\_innen, die sich in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen versammeln, die mehr und vor allem direkte Demokratie fordern. Widerstand kommt auch von den Interessenverbänden der Beschäftigten, den Gewerkschaften des DGB. DIE LINKE

steht an der Seite der Menschen, die Widerstand leisten und nach Alternativen zur herrschenden Politik suchen. So verschieden die Ziele und Wege, so klar und einfach unsere Parteinahme in diesem Konflikt: gegen die Macht des Kapitals und für die Demokratie. Wir wollen eine weitestgehende Demokratisierung der Gesellschaft.

- Was wird aus Europa? Vor allem die Führung der deutschen Sozial- und Christdemokraten versucht, die Menschen glauben zu machen, dass Deutschland von der Krise weitgehend verschont worden sei und bleiben werde, weil es mit der Politik der Agenda 2010 im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Nachbarn rechtzeitig Vorsorge getroffen habe. Arbeitsplätze, Einkommen, Spareinlagen und Renten seien daher sicher. Dafür hätten die Deutschen auch Opfer gebracht - Lohneinbußen, Niedriglöhne, Leiharbeit, Hartz IV und die Rente erst ab 67 -, aber der Erfolg sei unbestreitbar. Über Medien wird permanent verbreitet, dass die Menschen in Europa nun ähnliche Opfer zu bringen hätten und den Gürtel noch enger schnallen müssten. Darüber herrscht Einigkeit unter den Hartz-IV-Parteien im Bundestag - und das sind alle außer der LINKEN! Ein großer Teil der Bevölkerung stimmt dieser Erzählung durchaus zu.

Andererseits geht in Deutschland auch die Angst um. Die Zweifel wachsen: Wie lange lässt sich diese Art der Krisenpolitik aufrechterhalten? Eine berechnete Frage. Europa wird totgespart, und auch der Wirtschaft in Deutschland drohen schwere Einbrüche. Die Bankenkrise wird immer mehr zur Krise der Staatsfinanzen und droht, völlig außer Kontrolle zu geraten. Die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit gerade auch junger Menschen in den Krisenstaaten wächst, die sozialen Verwerfungen nehmen zu und drohen, zu gewaltsamen Konflikten mit unabsehbaren Konsequenzen zu führen. Nicht nur der Frieden in den betroffenen Ländern ist in Gefahr, die Krise bedroht den Zusammenhalt und die Demokratie in ganz Europa. Die LINKE stellt sich entschieden gegen eine Politik, die solche Entwicklungen zulässt und fördert.

DIE LINKE ist Teil der europaweiten Massenproteste gegen das EU-Spardiktat - aus Solidarität und weil Griechenland, Spanien und Portugal die Teststrecke für kommenden Sozialabbau in Deutschland sind. Der Erfolg der Proteste hat einen wichtigen Einfluss auf die Zukunft der Demokratie und der sozialen Errungenschaften in Europa. DIE LINKE setzt der herrschenden Erzählung und Politik Alternativen entgegen. Die Krise ist ein Resultat der Umverteilung von unten nach oben bzw. der Entfesselung der Finanzmärkte, der Architektur der EU als Wettbewerbsunion sowie der außenwirtschaftlichen Verwerfungen, insbesondere verursacht durch die Lohndrückerei in Deutschland. Die politischen Eliten nutzen die Krise im Euroraum, um über die europäischen Institutionen und neue Instrumente die Politik gegen die Bevölkerungsmehrheit zu radikalieren, die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Nachkriegsentwicklung zu zerstören und die Macht zu Gunsten der kapitalistischen Klassen und der mächtigsten Nationalstaaten in der EU weiter zu verschieben. DIE LINKE formuliert als einzige Partei Alternativen zum Europa der Krise und des Angriffs auf Demokratie und Sozialstaat. Wir stehen für einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen eine Demokratisierung Europas, eine von den Finanzmärkten befreite Staatsfinanzierung sowie eine koordinierte und demokratisch kontrollierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf starke Binnenmärkte und Ausgleich in Wirtschaft und Handel zielt. Das ist die Alternative der LINKEN. Das ist die Alternative der LINKEN, die sie bei der kommenden Bundestags- und der darauf folgenden Europawahl zur Abstimmung stellt.

- Für viele Menschen ist der Kampf gegen die rasch zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit und die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, gegen die anhaltende Lohndrückerei besonders im Niedriglohnbereich, gegen Rentenkürzungen



und die Schikanierung von Erwerbslosen sowie gegen den fortschreitenden Verfall öffentlicher Infrastruktur und die Verschlechterung vieler öffentlicher Leistungen eine zentrale politische Aufgabe. DIE LINKE kann und muss sich profilieren als die Partei, die als einzige konsequent diesen Kampf führt und Alternativen formuliert. DIE LINKE will die fortschreitende Umverteilung des von den arbeitenden Menschen produzierten Reichtums zu Gunsten einer Minderheit von Kapitaleigentümern stoppen und umkehren. Wir kämpfen für einen Ausbau des Sozialstaats, von Bildung, Gesundheit und Pflege und für die gerechte Finanzierung der öffentlichen Leistungen durch kräftige Besteuerung des Reichtums. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit, der Entstehung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Notwendigkeit der Stärkung des Sozialen und des Öffentlichen werden wir zu einem zentralen Thema der kommenden Bundestagswahl machen: bei der Verteilung von Eigentum, Vermögen und der Einkommen, der Höhe der Renten, der Leistungen des Gesundheitssystems, der Wege zur Arbeit, der Belastungen Alleinerziehender, den Chancen von Kindern unterschiedlicher Herkunft und den Perspektiven von Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus gibt es nach wie vor - 22 Jahre nach der deutschen Einheit - eine für uns niemals zu akzeptierende Ungleichheit bei Löhnen und Renten zwischen Menschen aus Ost- und Westdeutschland.

Viele Menschen erleben, wie die wachsende Ungleichheit in Deutschland sie einschränkt in ihrer Mobilität, bei der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben, beim Sport und in der Freizeit, beim politischen Engagement. Weniger Zeit zu haben für das, was einem wichtig ist, ist die Realität für immer mehr Menschen.

Arbeitsdruck, ungesunder Stress, Doppelbelastungen - sei es durch die Notwendigkeit mehrerer Jobs oder auch durch die Pflege von Angehörigen - machen seelisch und körperlich krank. Neben der persönlichen Belastung für die Betroffenen hat dies auch gravierende Auswirkungen auf die Sozialsysteme und führt zu enormen wirtschaftlichen Verlusten. Soziale Begegnungen, Austausch, das normale menschliche Miteinander und Zusammenleben werden aufwändiger, schwieriger, ja, der soziale Zusammenhalt selbst wird brüchiger. Immer mehr Menschen vereinsamen. DIE LINKE wird im Wahlkampf politische Stimme all jener sein, die eine andere, solidarische Gesellschaft wollen. Jetzt und hier geht es um mehr Menschlichkeit und um soziale Nähe, Mobilität, Teilhabe und freie Zugänge zu dem, was der Mensch zum Leben in Gemeinschaft braucht: zu Bildung, Kunst und Wissenschaft, zu Netzen und öffentlichen Räumen usw.

- Wir erleben gegenwärtig Auseinandersetzungen um die Energiewende und bei den Patent- und Urheberrechten.

Große Energieversorgungsunternehmen und regierende Politik behindern die Energiewende. Sie setzen auf zentrale Lösungen und behindern bürgernahe und kommunale Formen der Energieversorgung. Mit der vorgeblichen Sorge um steigende Energiepreise werden Beschäftigte der energieintensiven Betriebe in Angst um ihren Arbeitsplatz versetzt, und Einkommensschwachen wird suggeriert, die Energiewende sei hierfür der Grund, wobei in Wirklichkeit die verfehlte Energiepolitik, Privatisierung und Gewinne der Konzerne für steigende Energiekosten der Privathaushalte verantwortlich sind.

Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es schließlich darum, Wissen produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf private Nutzung mit dem Recht der Schöpfer\_innen geistiger Werke auf angemessene Bezahlung in Einklang zu bringen, wobei die private Aneignung von Wissen in Form von Urheber- und Patentrechten auch nicht zur ökonomischen oder kulturellen Entwicklungsschranke werden darf.

Dabei erleben wir in den Bereichen der Wirtschaft, in denen Wissen eine zentrale

Bedeutung erlangt hat, spannende Veränderungen. Weil dort die klassischen Formen der Zerlegung und Kontrolle der Arbeit nicht mehr einfach übertragbar sind, werden flachere Produktionsstrukturen notwendig, die zu einem Anspruch auf mehr Mitsprache bei den Beschäftigten führen.

Die LINKE will beide technischen Entwicklungen fördern und die demokratischen und sozialen Potenziale, die diese ermöglichen, frei setzen. Wir setzen dabei einerseits auf eine soziale und demokratische Gestaltung der ökologischen Transformation des Kapitalismus durch soziale Energietarife und kommunale Energieversorgung und andererseits auf einen fairen Interessenausgleich zwischen den Schöpfer\_innen geistiger Werke und Kulturgütern sowie ihren Nutzer\_innen.

- Weltweit sehen wir uns mit Kriegen und unendlichem Leid unschuldiger Menschen konfrontiert. Die globalen Auseinandersetzungen um knappe Rohstoffe, um billige Arbeits- und ertragreiche Absatzmärkte spitzen sich zu. Die weltweiten ungezügelter Spekulationen an den Finanzmärkten - nicht nur mit Währungen, sondern auch zunehmend mit lebenswichtigen Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln - haben gravierende Folgen für Milliarden von Menschen auf der Erde. Westliche Staaten und andere Großmächte versuchen, immer größeren Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in allen Teilen der Erde zu erlangen, um imperialistische Interessen und Politik durchzusetzen. Auch aus diesem Grund wächst die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen.

Deutschland ist durch die NATO-Mitgliedschaft und die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik in Mechanismen militärischer Konfliktlösung eingebunden. Zudem liefert Deutschland als drittgrößter Rüstungsexporteur Waffen in alle Welt. Wir sind der Meinung, solange mit Krieg Geld verdient werden kann, wird es immer wieder zu militärischen Konflikten und verheerenden Kriegen auf der Welt kommen. Von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen! Wir stehen zum Schwur von Buchenwald: Der Aufbau einer neuen Welt in Frieden und Freiheit ist unser Ziel. Wir gehen als Friedens- und Abrüstungspartei, als Partei der zivilen Konfliktlösung und der solidarischen Zusammenarbeit in die kommenden Wahlkämpfe. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden.

- Die demokratische Verfasstheit unseres Landes sehen wir gegenwärtig durch verschiedene Entwicklungen gefährdet. Wir sehen, dass der Bundestag zunehmend nur noch Entscheidungen nachvollzieht, die ihm die Finanzmärkte diktieren; wir stellen fest, dass außer der LINKEN alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien Empfängerinnen von Großspenden der großen Industriekonzerne, Versicherungen und Banken sind. Wir konstatieren, dass wir uns als einzige Partei dagegen gewehrt haben, dass das Haushaltsrecht der Parlamente durch den Fiskalpakt grundlegend beschnitten wurde. Wir erleben, dass der Verfassungsschutz unsere Abgeordneten beobachten darf und gleichzeitig über Jahre neonazistische Strukturen über die Entlohnung von V-Männern faktisch mitfinanzierte. Wir werden diesen schleichenden Abbau demokratischer Rechte nicht hinnehmen.

Auf der anderen Seite stellen wir erfreut fest, dass immer mehr Bürger\_innen sich konkret einmischen. Sei es bei Protesten gegen den Ausbau von Flughäfen (z. B. in Frankfurt und Berlin), sei es bei unsinnigen Großprojekten (Stuttgart 21), sei es beim Kampf um die Energiewende (Atomausstieg), bei netzpolitischen Fragen (Acta), sei es bei sozialen Protesten (Bündnis Umfairteilen, Rekommunalisierung der Wasser- und Energieversorgung) oder bei tarifpolitischen Auseinandersetzungen. Regelmäßig sind wir Teil dieses Engagements und der Proteste. Wenn DIE LINKE im Wahlkampf fordert "Mehr Demokratie wagen!" so heißt das, die demokratischen Rechte der Bevölkerung durch Volksentscheide, Transparenz beim Verwaltungshandeln,

Auflösung des Verfassungsschutzes sowie durch die Schaffung eines politischen Streikrechts zu stärken.

### **III. Profil, Herangehensweise und Schwerpunkte**

Eine Wahlstrategie ist kein Wahlprogramm. Dies werden wir nach intensiver Diskussion mit unseren Mitgliedern, Bündnispartner\_innen, Sympathisant\_innen und allen interessierten Menschen im Juni 2013 beschließen. Unsere strategischen Weichenstellungen für die Bundestagswahl im kommenden Jahr orientieren sich jedoch an den zentralen gesellschaftlichen Konflikten (II.) und den sich daraus ergebenden Schwerpunktthemen unserer Partei.

In unserem Wahlprogramm werden wir deutlich machen: DIE LINKE steht gegen die Kräfte von Ungleichheit, Profitmacht und Konkurrenz und für die Kräfte der Kooperation, der Kreativität, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir wollen, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen spürbar verbessert werden, eine gerechte, menschenwürdige und zukunftsträchtige Ordnung der Gesellschaft entsteht.

#### **DIE LINKE steht für Umverteilung von oben nach unten und für eine deutliche Begrenzung und Besteuerung von Reichtum. DIE LINKE ist eine Partei des Öffentlichen.**

- Wir wollen, dass Politik sich nicht weiter der Wirtschaft und Finanzwelt unterwirft, sondern wirksame Regeln schafft, um deren Macht und ihren Einfluss zu begrenzen. Wir wollen die Krise nachhaltig überwinden und eine demokratische und solidarische Gesellschaft schaffen, die allen Menschen ein gutes Leben sichert und gerechte Zukunftschancen bietet. Das kann real geschehen durch eine gerechte Steuerpolitik bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, durch Kontrolle und Regulierung der Banken, eine Wende in der Energiepolitik, eine Stärkung des Genossenschaftswesens, eine zukunftsorientierte und qualifizierte Bildung für alle, eine Sicherung des Wohlstandes der Menschen durch nachhaltige Entwicklungsstrategien.

#### **DIE LINKE steht für eine neue soziale Idee.**

- Wir wollen existenzielle Abstürze und beschränkende Bedingungen im Leben der Menschen durch politische Rahmensetzungen vermeiden. Nicht das Abwärts soll gestaltet und zementiert werden, sondern Aufwärtsentwicklung und Aufstieg sollen ermöglicht werden. Das kann real geschehen durch ein System sozialer Mindestsicherung, durch einen gesetzlichen Mindestlohn und eine solidarische Mindestrente, durch menschenwürdige Wohnbedingungen und bezahlbare Mieten, durch sichere Spareinlagen, Strom und andere Energieträger, die jeder und jedem zugänglich sind, durch ein Gesundheitssystem, das sich nicht am Geldbeutel der Patient\_innen orientiert, durch eine europäische Sozialpolitik auf der Grundlage eines Europäischen Sozialpaktes. DIE LINKE ist die Partei des Öffentlichen und der Stärkung des Sozialstaates.

#### **DIE LINKE schützt vor dem Abbau sozialer Rechte.**

- Wir wollen erreichen, dass ein Leben in Würde nicht "gewährt" wird, sondern durch eigene Gestaltungsmöglichkeiten gelingt. Das kann real geschehen durch mehr demokratische Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen, durch gute

Arbeit, was die Beseitigung von prekären Arbeitsverhältnissen und von Leiharbeit einschließt, durch Individualitätentfaltung auf der Grundlage eines anderen Umgangs mit der Zeit.

### **DIE LINKE steht für den konsequenten sozial-ökologischen Umbau.**

- Wir wollen den unverzichtbaren sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft dadurch erreichen, dass wir die ökologischen Ziele und Maßnahmen mit den für das Gelingen der Transformation wichtigen Handlungsfeldern verbinden. Die Verbindung von Umweltpolitik mit der Sozialpolitik, Demokratie, Gemeinschaftseigentum, Friedenspolitik u.a. ist ein Alleinstellungsmerkmal linker ökologischer Politik.

### **DIE LINKE sagt als einzige Partei immer konsequent NEIN zu Krieg.**

- Wir wollen, dass in Deutschland eine aktive Friedenspolitik betrieben wird. Das kann real geschehen, indem sich Deutschland nicht an internationalen Kriegseinsätzen beteiligt und den Rüstungsexport unterbindet, für globale Gerechtigkeit und für ein Leben in Wohlstand und Freiheit aller Menschen eintritt, einen sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen demonstriert und sich dafür einsetzt, dass Klima- und Umweltschutz in den Industrieländern beispielgebend durchgesetzt werden.

Unser Ziel ist es, konkrete Lösungsvorschläge zu präsentieren, um damit deutlich zu machen, dass sich etwas zum Positiven in unserem Land verändern kann. Unsere politischen Konzepte zielen auf eine schnelle und deutliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Eine Stimme für DIE LINKE lohnt sich. DIE LINKE wirkt in Opposition und Regierung! Sei es die verlängerte Zahlung des ALG I auf Bundesebene, die Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber in Brandenburg oder die Einführung sozial gerechter Vergabegesetze in mehreren Bundesländern auf Basis eines allgemeinverbindlichen Mindestlohnes. Wir wollen im Bundestagswahlkampf insbesondere die Probleme des Alltags der Menschen in den Blick nehmen. Wichtig wird dabei sein, kurzfristige und langfristige Reformschritte zu erläutern, um die Menschen glaubwürdig von unserer Politik zu überzeugen: Bürger\_innen, die uns wählen, erwarten zu Recht gesellschaftliche Veränderungen.

Im Gespräch mit Bürger\_innen, bei Aktionen auf der Straße, über Foren und soziale Netzwerke im Internet und im Dialog mit unseren Bündnispartner\_innen, Verbänden und Organisationen aus der Gesellschaft werden wir für unsere Themen werben und unser politisches Vorgehen erläutern. Dabei wollen wir Bürger\_innen nicht nur von unseren Inhalten überzeugen, sondern ihnen auch zeigen, wie wir schrittweise die gesellschaftlichen Probleme lösen wollen und können.

Auf die Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Organisationen gibt es nur eine klare, ablehnende Reaktion. Dabei geht es uns nicht nur um die Ablehnung der menschenfeindlichen Positionen und Aktivitäten der NPD und neofaschistischer Organisationen. Das Spektrum des Rechtsextremismus mit seinen nationalistischen, völkischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Parolen ist wesentlich breiter. Für uns gilt: Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir sehen in der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz rechtspopulistischer Positionen, wie sie u.a. von einem Thilo Sarrazin vertreten werden, und der Zunahme rechtspopulistischer Bewegungen eine große Gefahr, der wir uns entschieden entgegenstellen. DIE LINKE steht für eine Politik der

gleichen Rechte für alle Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung. Wir wollen das Asylrecht wiederherstellen und Flüchtlingen ein menschenwürdiges und diskriminierungsfreies Leben ermöglichen. Migrantinnen und Migranten sind ein selbstverständlicher und bereichernder Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir fordern Toleranz, Solidarität und Akzeptanz. In jeder Hinsicht gilt: Wir wollen in Frieden mit unseren Nachbarn leben. Dazu gehören wechselseitige Toleranz und die Möglichkeit für alle, ihren Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens zu leisten. Weil wir wissen, wie schwierig das zu erreichen ist, braucht es auch hier ein aktives Bekenntnis zur Solidarität. In jeder Hinsicht gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Die Nichtwähler\_innen sind neben der SPD die für uns strategisch wichtigste konkurrierende "Partei". Untersuchungen zeigen, dass insbesondere in Wahlbezirken mit hoher Erwerbslosigkeit oder prekären Lebenslagen die Wahlbeteiligung besonders stark zurückgeht. Viele sozial marginalisierte Menschen haben oft keine Hoffnung mehr, dass Parteien ihre Interessen wahrnehmen. Dieser Enttäuschung müssen wir entgegentreten, indem wir ihnen zeigen, dass wir ihre Sorgen und Nöte ernst nehmen. Wir müssen für diese Menschen Zuhör- und Kümmererpartei sein, und wir müssen diejenigen sein, die ihren Perspektiven in der politischen Debatte eine Stimme geben. Aber vor allem müssen wir ihnen wieder Mut machen, sich politisch einzubringen. Hier haben wir eine immense politische Verantwortung - auch für die Demokratie insgesamt. Deshalb ist es wichtig, mit dieser Wähler\_innengruppe frühzeitig in einen Dialog zu treten und mit Infoständen oder gar Hausbesuchen Präsenz zu zeigen. Wir werden uns als Partei zeigen, die zuhört und die unseren potenziellen Wähler\_innen einen Diskussions- und Partizipationsraum bietet. Wir werden alles tun, um von den Nichtwähler\_innen wieder als interessante Protest- oder Alternativpartei wahrgenommen zu werden.

#### **IV. Selbstbewusst und offensiv in Opposition und Koalition**

Die Wahlkämpfe 2013/14 zielen auf Wahlerfolg und Stimmenmaximierung, sind zugleich aber Teil einer längerfristigen Strategie, um parlamentarische und außerparlamentarische Bündnisse aufzubauen, um gesellschaftliche Mehrheiten für den notwendigen politischen Richtungswechsel zu gewinnen. Daher muss der Wahlkampf auch die Erfordernisse der nächsten fünf Jahre im Blickfeld haben. Unser Wahlerfolg muss für jedermann als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft erkennbar sein.

DIE LINKE präsentiert sich als lebendige, zukunfts offene und plurale Partei, die im solidarischen Miteinander der Generationen die gesellschaftlichen Probleme in Deutschland und Europa angeht. Sie ist, wie ihr Wahlkampf, auf konkrete Lösungen und auf Kooperation in einer breiten gesellschaftlichen Linken angelegt.

Aufbauend auf den Kriterien LINKER Regierungsbeteiligungen in unserem Parteiprogramm, entwickeln wir ein nach vorn gerichtetes Reformprogramm. Soll heißen: Wir sind bei einer Linksregierung dabei, die:

- für eine friedliche Außenpolitik steht:
  - dazu gehören ein sofortiger Stopp von Rüstungsexporten sowie die Ablehnung von Kampfeinsätzen im Ausland;
- sicherstellt, dass kein Mensch unter die Armutsrisikogrenze fällt:
  - dazu gehören eine armutsfeste solidarische Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung;

- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführt, von dem man in Würde leben kann;
- Reichtum couragiert besteuert.

Unsere Botschaft im Wahlkampf ist: Aus einem möglichen Regierungswechsel wird nur mit uns ein wirklicher Politikwechsel. Wir nehmen zur Kenntnis, dass aus heutiger Sicht Politikwechsel und Kanzlerschaft für die SPD nur mit Hilfe der LINKEN möglich sind. Stehen die Sozialdemokraten für einen wirklichen Politikwechsel - zu einem gemeinsamen Projekt der sozialen Gerechtigkeit -, werden sie den nächsten Bundeskanzler stellen können. DIE LINKE und viele Mitglieder der SPD und der Grünen sind zu einem für die Gesellschaft so notwendigen linken Reformprojekt bereit.

Wir werden unabhängig davon, was nach der Wahl seitens der anderen Parteien geschieht, weiterhin denen eine Stimme und einen interessanten Ort der politischen Mitgestaltung anbieten, die ihren Protest gegen die herrschende Politik ausdrücken und ihre Lebensumstände verbessern wollen. Wir wollen im Interesse unserer Wähler\_innen Einfluss nehmen auf das, was in diesem Lande geschieht.

DIE LINKE hat gewirkt, andere Parteien haben reagiert. Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung gibt es nur, wenn es Druck von links gibt. Deshalb bleiben wir dabei - und das trifft auf alle Konstellationen zu: DIE LINKE macht Druck!

#### **V. Wahlkampf und -kampagne - Mobilisierung, Ansprache und Bündnisse**

Die Mobilisierung der eigenen Mitglieder und Sympathisant\_innen ist ein wichtiger Schlüssel zu einem erfolgreichen Wahlkampf. Die authentischsten Botschafter\_innen für unsere Argumente und Vorschläge sind die Mitglieder der LINKEN. Sie müssen im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Der heißen Wahlkampfphase schalten wir deshalb eine Aktivierungsphase voran, damit der Wahlkampf ein richtiger Mitmachwahlkampf wird. Dazu werten wir die Erfahrungen, die bisher mit Formen von Organizing und linksaktiv gemacht wurden, gründlich aus. In Vorbereitung darauf werden wir analysieren, in welchen Vierteln und Wohngebieten wir bei vergangenen Wahlen besonders viele Wähler\_innen gewinnen konnten. Hier beginnen wir mit unserer Präsenz- und Zuhöroffensive. Wir wollen deutlich machen, dass wir mit unseren Wähler\_innen in einen Dialog treten wollen, damit wir ihre Probleme und Ideen in unsere Politik integrieren können. Dabei wollen wir nicht nur zuvor angekündigte Infostände oder Kaffeetafeln durchführen, sondern nach Möglichkeit auch mit politischen Aktionen auf Missstände aufmerksam machen.

Potenzielle Wähler\_innen der LINKEN verbinden mit der Partei den Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Unsere potenziellen Wähler\_innen nennen in aktuellen Umfragen (ebenso wie alle anderen Wahlberechtigten) am häufigsten die Euro-Krise als wichtigstes Problem, gefolgt von finanziellen Belastungen, falscher Sozialpolitik (Rente, Gesundheit, Pflege etc.), Ungerechtigkeit und Problemen am Arbeitsmarkt (geringe Löhne, prekäre Beschäftigung etc.). Die Schnittmenge zwischen den für unsere Wähler\_innen relevanten und zugleich mit uns verbundenen Themen ist die soziale Gerechtigkeit: Armut/Reichtum, Soziales, Arbeit, regionale Unterentwicklungen, ganz vorn: die neuen Bundesländer. Hier haben wir auch die größte Kompetenzzuschreibung bei den Wähler\_innen. In Bezug auf die Euro-Krise wird mit der LINKEN vor allem der Aspekt einer sozial gerechten Verteilung der dabei entstehenden finanziellen Lasten verbunden.

Von grundsätzlicher Bedeutung im Wahlkampf wird es sein, wie DIE LINKE sichtbar demonstriert, wie sich in ihr ein solidarischer Umgang der Generationen miteinander vollzieht. Dabei geht es um Offenheit für die Erfahrungen, Erwartungen und Bedürfnisse der Älteren. Aber es sind zunehmend auch die Jüngeren, die jetzt die Dinge im Interesse des Gemeinwesens in die Hand nehmen. In diesem Sinne spricht die Partei alle Generationen, Menschen in den verschiedensten Arbeits- und Lebensverhältnissen gleichermaßen an. Den Erwartungen, den Perspektiven auf Ausbildung und Zukunftschancen, den Sichtweisen von Jung- und Erstwähler\_innen wollen wir im Wahlkampf eine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Wahlstrategie bestätigt den Anspruch, einen einheitlichen Wahlkampf zu führen, welcher die Tatsache der Fortexistenz zweier Elektorate in Ost und West ebenso wie die zunehmend differenzierten Bedingungen der Partei in den verschiedenen Regionen beachtet.

Im Osten gehen wir in den Wahlkampf als Partei, die bei den vergangenen Bundestagswahlen Platz zwei knapp hinter der CDU und deutlich vor der SPD gewonnen hat.

Erstmals konnte DIE LINKE Direktmandate außerhalb Berlins erringen. In Brandenburg ist DIE LINKE Regierungspartei, in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern als stärkste Oppositionspartei zugleich die Gestaltungsalternative zur Regierung. DIE LINKE ist neu in kommunale Ämter gewählt worden und genießt das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung kommunaler Angelegenheiten. Vielfach sind die Parteistrukturen sozial verankert, gefestigt und handlungsfähig.

Im Westen hat DIE LINKE zuletzt, das wurde bei Landtagswahlen sichtbar, schmerzhaft Verluste an Akzeptanz bei der Bevölkerung und Vertrauen bei der eigenen Anhängerschaft hinnehmen müssen. Wir sind gemeinsam dabei, das zu korrigieren. Die Notwendigkeit einer Partei links von einer SPD, die sich in Ländern wie auch in Opposition im Bund gern links gibt, ist keine Selbstverständlichkeit. Wir sind als junge Partei mitten im Aufbau einer stabilen Stammwählerschaft. Die soziale Verankerung und die Entwicklung der Parteistrukturen braucht Zeit. Für den Wahlkampf bedeutet dies zu akzeptieren, dass die Menschen linke Politik selten aus eigener Anschauung kennen, sondern ihr Bild medial vermittelt ist.

Aber gerade Unterschiede zwingen uns im Wahlkampf, erkennbar als eine einheitliche Partei in Ost und West, als gesamtdeutsche Linke aufzutreten. Protest findet auch im Osten, Gestaltung auch im Westen statt. Linke Politik steht in Ost und West in Verantwortung - in Verantwortung vor dem Auftrag der Wähler\_innen, das Bestmögliche zur Verbesserung ihrer Mitbestimmungs-, Lebens- und Arbeitsbedingungen zu leisten. Linke Politik und Wahlstrategie stehen in Ost und West vor der gleichen Herausforderung, deutlich zu machen, dass sich die Beteiligung an Wahlen lohnt und eine Stimme für DIE LINKE bundespolitisch wichtig ist. Wir wollen im Wahlkampf zeigen, dass mit der Parteibildung der LINKEN in Ost und West ein neues Selbstverständnis linker Politik entstanden ist, welches deutlich mehr als die politischen Erfahrungen von PDS und WASG repräsentiert.

Wir wollen Wähler\_innen, die seit 2009 zu anderen Parteien oder ins Lager der Nichtwählerschaft abwanderten, zurückgewinnen. Und wir wollen für DIE LINKE neue Wählergruppen erschließen. Wir streben an, aus allen Bevölkerungsschichten Wähler\_innen zu gewinnen. Dazu bedarf es eines entsprechend differenzierten politischen Angebots (Wahlprogramm) und einer Sprache, die allgemeinverständlich ist.

DIE LINKE will Ansprechpartnerin für Menschen sein, die sich seit längerem enttäuscht von der Politik zurückgezogen haben. Sie will dazu beitragen, dass Nichtwähler\_innen wieder Mut und Optimismus entwickeln, sich in die Politik einzumischen.

DIE LINKE will und wird auch die Durchschnittsverdiener\_innen und die abstiegsbedrohte Mittelschicht, die "Ein-bisschen-mehr-Verdiendenden" ansprechen. Sie sind es, die unter Lohnenteignung leiden. Und sie zahlen als Steuerzahler auch die Rechnungen der Eurokrise.

Die moderne Technologieentwicklung und die "digitalisierte Gesellschaft" bewirken grundlegende Veränderungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen gerade bei den jüngeren Wahlberechtigten, neue Sichtweisen, Interessen und Wertvorstellungen, was sich auch in Sprache und Habitus niederschlägt. Die Gewinnung jüngerer Wähler\_innenschichten wird zunehmend zu einer Überlebensfrage der Partei DIE LINKE.

Wir orientieren uns auf ein enges Zusammenwirken mit Gewerkschaften, sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen und Organisationen bis hin zu Sozialverbänden und Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Der Erfolg der LINKEN ist eng mit der Verankerung in den Gewerkschaften verbunden, insbesondere im Westen. Für die Durchsetzung unserer politischen Projekte sind die Zusammenarbeit und Übereinstimmung in wichtigen Fragen mit den Gewerkschaften von besonderer Bedeutung. Die Ansprache von Gewerkschafter\_innen als Multiplikator\_innen und Wähler\_innen ist deshalb eine eigenständige Aufgabe im Wahlkampf und im Vorwahlkampf. Inhaltlich soll es dabei um die drei großen Themen Prekarisierung der Arbeitswelt, Stress am Arbeitsplatz sowie die Krise und deren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer\_innenrechte gehen.

Mit Wissenschaftler\_innen, Kulturschaffenden und Journalist\_innen wollen wir zielgerichtet ins Gespräch kommen. Von solch einer breiten Einbeziehung von Außensichten erhoffen wir wichtige Anregungen und Impulse bei der Erarbeitung unserer Wahlaussagen.

In Sektoren der öffentlichen Dienstleistungsarbeit (Sorgearbeit, "Care-Arbeit", personennahe Arbeit usw.) werden wir besonders versuchen zuzulegen. Damit sprechen wir zugleich mehrheitlich Frauen an, aber nicht als Opfer von Politik- und Herrschaftsstrukturen, sondern als Beschäftigte, politisch Aktive und sozial kompetente Wählerinnen.

Besonders wichtig sind uns auch die Probleme und Erfahrungen von Migrant\_innen. Hier geht es um eine möglichst breite Ansprache, wir werben um Stimmen aus dem ganzen Spektrum. Unsere jahrelange Bündnisarbeit mit Vereinen und Verbänden hilft uns dabei.

Die Partei hat ein erfolgreiches einheitliches politisches, ästhetisches und werberisches Erscheinungsbild weitgehend durchgesetzt. Dieses bedarf einer beständigen Wahrung und kritischen Überprüfung. Wir wollen die bewährten Prinzipien der Öffentlichkeitsarbeit - Nachhaltigkeit in der Kommunikation, Ehrlichkeit, das Aufklärerische in der politischen Werbung, ein einheitliches Erscheinungsbild, die Mischung aus Intelligentem, Populärem und Originellem - beibehalten und auf kreative Umsetzung drängen. Dabei ist einer einladenden Tonalität der Vorzug zu geben, auf die politische Einmischungen von Bürger\_innen in die Themenakzentuierungen hineinzuwirken.

Die Erfahrung zeigt, dass erfolgreiche Wahlkämpfe auch dem Parteaufbau und der Mitgliederentwicklung einen kräftigen Schub geben können. Das geschieht allerdings nicht einfach so, sondern muss innerhalb des Wahlkampfes geführt und organisiert werden.



## **VI. Kandidat\_innen, Personalisierung**

Das Ziel des Wahlkampfes der Partei DIE LINKE ist der erneute Einzug in den Deutschen Bundestag mit einer starken, kompetenten und schlagkräftigen Fraktion. Wir wollen ein Zweitstimmenergebnis, das möglichst nah an unser sehr gutes Abschneiden bei der Bundestagswahl 2009 heranreicht. Das bedeutet, einen entschlossenen Zweitstimmenwahlkampf zu führen. Die Verteidigung gewonnener Direktmandate ist diesem Ziel untergeordnet, aber dennoch mit aller Ernsthaftigkeit vorzubereiten. Dementsprechend sind die Fragen der Kandidaturen und der Personalisierung des Wahlkampfes zu behandeln.

DIE LINKE orientiert für die Bundestags- und die Europawahl darauf, Kandidat\_innen zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit eintreten, die in der Partei durch ihre politische Arbeit oder ihr öffentliches Wirken im Sinne der Ziele der LINKEN verwurzelt sind.

DIE LINKE wird bei der Aufstellung der Landeslisten- und Wahlkreisbewerber\_innen für die Bundestagswahl einen Mix der Generationen anstreben, der ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis stellt, und auf die Durchsetzung unseres Anspruches auf Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit orientieren.

## **VII. Dramaturgie**

Die Wahlstrategie fokussiert auf eine erfolgreiche Bundestagswahl 2013. Doch die strategische Verbindung der Landtags- mit der Bundestagswahl 2013 ist für die Wahlkampagne der LINKEN genauso entscheidend wie die organische Verbindung des Bundestags- mit dem Europawahlkampf 2014. 2013 fängt ein längerer Wahlzyklus an, der mit Weichenstellungen im Landtagswahlkampf in Niedersachsen beginnt, in den Bundestagswahlen 2013 einen zentralen Höhepunkt erreicht und der mit den Europawahlen 2014 noch nicht beendet sein wird. Im Herbst 2014 folgen die strategisch wichtigen Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg.

Mit dem Aufrufen der Auswirkungen der europäischen Krise in Deutschland in den Schwerpunkten und wahlprogrammatischen Angeboten sind entscheidende Aussagen, die strategisch und wahlprogrammatisch dann zur Europawahl 2014 entwickeln werden, schon vorgezeichnet.

Wir gehen heute davon aus, dass alle Wahlen 2013/14, also die Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und Hessen, die Bundestagswahl sowie die Europawahl unter dem Eindruck der europäischen Krise stehen werden. Stets wird die Wahlentscheidung von den drei Fragen bestimmt werden:

Was wird aus Europa? Was wird aus dem Euro, aus unserem Geld? Und was wird aus uns? Die wahlstrategische Antwort der LINKEN besteht in einer landes-, bundes- und europapolitisch konsistenten Antwort auf diese drängenden und alltäglichen Fragen der Menschen.

Dramaturgisch, also im Zeitablauf und an den verschiedenen Orten der Wahlen, sind folgende Annahmen gültig:

- Die Niedersachsenwahl im Januar 2013 hat für alle Parteien den Charakter einer "kleinen Bundestagswahl". Für DIE LINKE wäre es außerordentlich ermutigend,

wenn der Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag gelingen würde. Die Chance ist da, sie zu nutzen, ist erklärte Aufgabe der ganzen Partei. Unsere niedersächsischen Genoss\_innen haben die volle Unterstützung der Partei.

- Ein Wahlerfolg in Niedersachsen würde die Grundstimmung für DIE LINKE bundesweit verbessern. Damit stiegen auch die Chancen auf ein respektables Wahlergebnis bei der Landtagswahl in Bayern kurz vor der Bundestagswahl.
- Die Vorbereitungen auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 werden parallel zum Bundestagswahlkampf verlaufen. Für Medien, politische Gegner und die Öffentlichkeit werden sie als Teil des Wahlkampfes zur Bundestagswahl aufgenommen werden. Darin besteht eine Chance für unsere Partei – wenn wir den innerparteilichen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess dementsprechend führen.
- Wollen wir bei der Bundestagswahl unsere Wählerpotenziale optimal ausnutzen, dann steht davor die Aufgabe, die Akzeptanz der Partei in der Bevölkerung wieder in die Nähe der Bestwerte aus den Jahren 2007 bis 2009 zu bringen. Das sollte Aufgabe der Partei in einer ersten Phase bis Weihnachten 2012 sein. Eine zweite Phase würde Wahlkampf und Wahlerfolg in Niedersachsen einschließen und in eine dritte Phase der politischen Offensive bis zur Sommerpause führen. Neben der politischen Arbeit sollte also das Gesamtinteresse der Partei sein, dass immer mehr Menschen (wieder) sagen: Es ist gut, dass es DIE LINKE gibt, und sie soll auch im Bundestag vertreten sein! Offene Briefe, juristische Auseinandersetzungen unter Parteimitgliedern, politisch unsensibles Verhalten von Amts- und Mandatsträgern nach innen und außen sollten fortan tabu sein. Die Partei muss für sich und öffentlich leben, was ihr als Werte und Ideale wichtig ist: Offenheit, Solidarität, Menschlichkeit, Freundlichkeit, Toleranz, Konsequenz im Denken und Handeln.

### **VIII. Umsetzung**

Die Wahlstrategie wird in der Wahlkampagne umgesetzt. Sie erfordert eine - aus den analytischen Grundannahmen, Herangehensweisen und Schwerpunktsetzungen in der politischen Auseinandersetzung - abgeleitete Kommunikationsstrategie. Diese basiert auf der Analyse und Bewertung der kommunikativen Grundsituation, in der sich die Partei DIE LINKE mittelfristig befindet, auf der Antizipation der Aufstellung der Parteien für die kommunikative Wahlkampfauseinandersetzung. Sie bestimmt Botschaften, Markenkern, Tonalität des Wahlkampfes ebenso wie die entsprechenden Medien und Mittel. Die Kommunikationsstrategie setzt die Dramaturgie der Wahlkampagne in die Werbekampagne um. Sie formuliert die Botschaft der Partei an die Wähler\_innen.

## Anlage 4 zur Bundeswahlstrategie

### **Beschluss des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Thüringen**

**Elgersburg, 1. Dezember 2012, geändert durch Beschluss des Landesparteitages vom 1.3.2013**

Der Landesvorstand der LINKEN Thüringen beschließt auf seiner Klausur am 1. 12. 2012 nachfolgende Kriterien für die Kandidaturen zu den Bundestagswahlen 2013:

#### **I. Politische Fragestellungen für Kandidaturen zu den Bundestagswahlen 2013**

- Welche strategische Zielrichtung ist mit der Benennung der Spitzenkandidatur verbunden, d.h. welches Signal soll gesendet werden (Politikfeld, Persönlichkeit, „Herkunft“)
- Welche strategische Zielrichtung soll mit einer Liste benannt werden (Politikfelder, Persönlichkeiten, Wahlkreisherkunft etc.)?
- Welche Kandidatinnen und Kandidaten können die Zielrichtungen am besten gewährleisten?
- Wie soll die bisherige Tätigkeit der Bundestagsabgeordneten darin eingebettet werden („Bonus“)?

#### **II. Interne Kriterien für Kandidaturen zu den Bundestagswahlen 2013**

- Die LINKE wird 2013 wieder mit offenen Listen in den Bundestagswahlkampf ziehen.
- Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der LINKEN sind als Mitglieder dem beschlossenen Erfurter Parteiprogramm der LINKEN verpflichtet. Nichtmitglieder unter den Kandidatinnen und Kandidaten stehen grundsätzlich den Prinzipien und Inhalten der Programmatik der Partei DIE LINKE nahe. Die Mitgliedschaft in einer anderen Partei schließt eine Kandidatur auf der Liste der Partei DIE LINKE. Thüringen aus.
- Die Kandidatinnen und Kandidaten bringen sich in den Diskussionsprozess zum Wahlprogramm aktiv ein und müssen das vom Bundesparteitag zu beschließende Wahlprogramm aktiv vertreten. Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen ebenso die durch die 3. Tagung des 3. Landesparteitages zu beschließende Landeswahlstrategie und die darin enthaltenen politischen Schwerpunkte aktiv und offensiv vertreten. Das spezifische bundesweite Thema sollte dabei Relevanz haben.
- Jeder Kandidat kämpft um das bestmögliche Direktwahlergebnis als Voraussetzung für eine erfolgreiche Zweitstimmenkampagne. Damit soll das Bundestagswahlergebnis auf Landesebene von 28,8% in Thüringen (2009) wieder erreicht oder verbessert werden. Neben der Aktivierung traditioneller Wählerspektren steht insbesondere die Öffnung in neue WählerInnenpotentiale im Mittelpunkt. Gerade dafür sind erfolgreiche Personenwahlkämpfe unerlässliche Voraussetzung.
- Die Kandidatinnen und Kandidaten bringen politische und fachliche Kompetenz, Teamfähigkeit, Integrations- und Kommunikationsfähigkeit sowie moralische

Integrität mit. Dazu gehört auch die Fähigkeit zur Leitung von Prozessen und Personengruppen.

- Die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN sollen über politische und rhetorische Kommunikationsfähigkeiten verfügen und dafür sorgen, dass der Wahlkampf in enger Abstimmung mit der Wahlkampfleitung geführt wird.
- Dazu gehören die Akzeptanz des Corporate Designs der Partei, die Bereitschaft zur Beteiligung an einem gemeinsamen Internetauftritt sowie die Teilnahme an Beratungs- und Trainingsangeboten.
- Voraussetzung ist ebenfalls die grundsätzliche Bereitschaft, die eigene politische Biographie offen zu legen.
- Die Mindestquotierung ist auf den Landeslisten zu den Bundestagswahlen zu gewährleisten.
- Wir brauchen beides: Erfahrene Politikerinnen und Politiker und neue Gesichter.
- Die LINKE erwartet von ihren gewählten Abgeordneten eine ausgeprägte Basisverbundenheit, Bürgernähe und aktive Interessenvertretung für die Partei DIE LINKE.
- Alle Kandidatinnen und Kandidaten sind bereit, im Vorfeld eine schriftliche Vereinbarung zu treffen, dass sie diese Kriterien anerkennen und Mandatsträgerbeiträge entrichten. Mit dieser Vereinbarung wird auch die grundsätzliche Akzeptanz verankert, das Bürgerbüro dort zu eröffnen, wo es für die flächendeckende Arbeit der Partei notwendig ist. Direkt gewählte Abgeordnete errichten ihr Wahlkreisbüro in ihrem gewonnenen Wahlkreis.
- Gewählte Abgeordnete für die Partei DIE LINKE erklären auch ihre generelle Bereitschaft, für die LINKE zu spenden und für externe Spenden zu werben.